

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Gefährliches Vakuum droht - Osterruhe: Debatte schürt Politikverdrossenheit](#)
2. [Iran: Maas spielt mit dem Feuer](#)
3. [Precht: "Corona-Leugner arbeiten selten auf Intensivstationen"](#)
4. [Coronamaßnahmen - Die Risiken und Kosten werden ignoriert](#)
5. [Die Skandalbank Greensill - im Dienste eines aggressiven Finanzkonglomerats](#)
6. [Who Are the 10 Biggest Pandemic Profiteers?](#)
7. [Von "ZeroCovid" zu ZeroMensch](#)
8. [Aktualisierter Cochrane Review bewertet Zuverlässigkeit von Schnelltests zum Nachweis von COVID-19](#)
9. [Unwetter im Süden: Slowenien im rechtsextremen Tornado](#)
10. [US-Republikaner nach Trumps Niederlage - Panik vor dem Wähler](#)
11. [Jetzt BAföG-Reform anpacken!](#)
12. [Ein Leserbrief zu unseren gestrigen Hinweis #18](#)

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gefährliches Vakuum droht - Osterruhe: Debatte schürt Politikverdrossenheit**

Angela Merkel betritt kurz vor Ende ihrer Kanzlerschaft Neuland: Eine öffentliche Entschuldigung kam der Kanzlerin während ihrer 15-jährigen Amtszeit noch nie über die Lippen. Man kann dies als Größe werten oder als Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit. Letzteres kommt der Wahrheit näher. Denn Merkel und die Länderchefs haben sich mit ihrer kühnen Idee einer Osterruhe schlicht verzockt - die Zusatzfeiertage waren rechtlich nicht haltbar, in der Kürze der Zeit nicht umsetzbar und zudem weder den Menschen noch den Unternehmern im Land zumutbar. Einmal mehr zeigen solche Entscheidungen, wie groß die Distanz zwischen den Nöten der meisten Menschen und den Regierenden in Pandemiezeiten geworden ist. Es mangelt an Empathie, es mangelt an Alltagstauglichkeit und es mangelt leider auch an Professionalität - das politische Spitzenpersonal Deutschlands hat kollektiv versagt. Das über Monate sich hinziehende Impfdesaster, die unsäglichen Testpannen und die teils chaotischen Zustände im Schulleben kulminieren nun in der von Hektik

geprägten Oster-Kehrtwende.

Quelle: nordbayern.de ([Nürnberger Nachrichten](#))

2. **Iran: Maas spielt mit dem Feuer**

Im Juli 2015 vereinbarten die USA, die EU, Großbritannien, Frankreich, Russland, China und Deutschland mit dem Iran, dass dieser alles Nuklearmaterial im Land ausschließlich zu friedlichen Zwecken verwenden sollte. Im Gegenzug dazu sollten die Sanktionen gegen den Iran schrittweise aufgehoben werden. International galt der „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) als großer Erfolg.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) überprüfte die Einhaltung der Vereinbarungen regelmäßig mit dem „weltweit robustesten Monitoring-Regime“ und bestätigte bis Ende 2018 in zwölf Berichten, dass sich der Iran an seine Verpflichtungen hielt.

Dann stieg die Trump-Regierung aus dem JCPOA aus und verkündete die „Politik des maximalen Drucks“. Die Eskalationsspirale nahm Fahrt auf. Auf Angriffe gegen saudi-arabische Ölanlagen, Tanker im Persischen Golf und westliche Militärstützpunkte im Irak, die dem Iran zugerechnet wurden, folgten US-Luftangriffe auf Stellungen der pro-iranischen Milizen und im Januar 2020 der Mord an dem iranischen General Soleimani durch eine US-Drohne. Im November 2020 wurde bekannt, dass Trump sogar beabsichtigt hatte, eine iranische Atomanlage zu bombardieren; Berater hatten ihn zuletzt davon abbringen können. Viele Beobachter*innen fürchteten, dass Trump als Wahlkampfclou noch einen Krieg gegen den Iran beginnen könnte. Zum Glück kam es nicht dazu.

Die Verschärfung der US-amerikanischen Sanktionen hatte allerdings da bereits zu Verwerfungen geführt: Der Ölmarkt brach ein, die Währung verfiel, Wasserknappheit, Stromausfälle, steigende Lebensmittelpreise, ein drastischer Mangel an Medikamenten und wachsende Korruption erschütterten den Iran. Rund 60 Millionen Iraner*innen sind inzwischen auf staatliche Hilfen angewiesen. Bei sozialen Unruhen 2019 starben über 300 Menschen. Inzwischen ist die Zahl der gegenüber dem Iran verhängten US-Sanktionen auf über 1.500 gestiegen, der iranische Präsident Rohani schätzt den dadurch verursachten Schaden für sein Land auf 200 Milliarden US-Dollar. Im März 2020 kam die Covid-19-Pandemie dazu: Die Johns-Hopkins-Universität hat inzwischen mehr als 60.000 Todesfälle im Iran gezählt, die iranischen Behörden melden täglich 7.000 Neuinfektionen, Tendenz steigend.

Quelle: [Die Freiheitsliebe](#)

3. **Precht: “Corona-Leugner arbeiten selten auf Intensivstationen”**

Precht warnt bei “Markus Lanz” vor dem Zerfall des deutschen Gemeinwesens. Der Philosoph nimmt die Bürger in die Staatspflicht – nach dem Motto: Frage nicht, was der Staat für dich, sondern was du für den Staat tun kannst. [...]

Precht appellierte an die Bürger, sich bei aller berechtigter Kritik an der Politik der eigenen Verantwortung für das Gelingen der Gemeinschaft bewusst zu werden. Menschen wie die vermeintlichen Querdenker hätten die seltsame Vorstellung, dass der Staat dazu da sei, ihnen Rechte zu garantieren, ihnen jedoch nichts abverlangen dürfe. Das sei natürlich ein Irrglaube. Aber auch wegen der vielen Versprechungen von Politikern im Wahlkampf hätten sich so manche Bürger zu politischen Schnäppchen-Jägern zurückentwickelt, denen es vorrangig um den eigenen Vorteil gehe, um nicht übervorteilt zu werden. "Sie benehmen sich nicht wie Staatsbürger, sondern sie werden zu Kunden", warnte Precht. "Wenn das passiert, dann bröckelt unser Gemeinwesen."

Er wiederholte aus einem Interview mit dem "Spiegel" seinen markigen Spruch "Corona-Leugner arbeiten selten auf Intensivstationen" und die Forderung, ein soziales Pflichtjahr für junge Menschen und Neu-Rentner einzuführen. So könnten Empathie und Gemeinsinn gestärkt oder überhaupt erst vermittelt werden. "Die positive Erfahrung, etwas für Andere zu tun, kann man nur praktisch vermitteln, das kann man jemandem nicht theoretisch erklären", gab der Philosoph zu bedenken. "Das ist die beste Form, gute Staatsbürger hervorzubringen." Und vielleicht ja auch bessere Politiker.

Quelle: [T-Online](#)

Anmerkung Jens Berger: Richard David Precht hat ein Buch geschrieben. „Von der Pflicht“ heißt es. Das erinnert an die preußische Erbauungsphilosophie aus wilhelminischen Zeiten. Auf Prechts staatsphilosophische Verwirrung [sind die NachDenkSeiten bereits eingegangen](#). Für Precht ist jede Maßnahme gut. Von den Kollateralschäden hat er noch nie etwas gehört. Als „Denker“ disqualifiziert er sich damit endgültig. Aber ein Bestseller wird sein Buch sicherlich, trifft es doch wunderbar den Zeitgeist der Anhänger der „neuen Normalität.“

4. **Coronamaßnahmen - Die Risiken und Kosten werden ignoriert**

Vereinsamung, Bildungslücken, Armut. Welchen Umfang die Nebenwirkungen der Coronamaßnahmen haben, wissen wir nicht. Dabei müssen sie beim Krisenmanagement berücksichtigt werden, meint Publizist Timo Rieg. Nur auf Kontaktverbote zu setzen, sei falsch.

„Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker.“ Dieser Satz gehört zu jeder Werbung für Medikamente. Denn: keine Wirkung ohne Nebenwirkungen. Und die sollte kennen, wer Medizin nehmen will.

Wenn die Medien die neusten Heilmittel der Corona-Politik bekanntmachen, hört man

eine solche Warnung jedoch nie. Seit einem Jahr kein Hinweis, sich fachlichen Rat über die Risiken und Nebenwirkungen einzuholen. Stattdessen gelten vielen Bürgern die Kontaktverbote aller Art als alternativlos, nach dem Motto: Es geht doch um Leben und Tod, was sollte man da diskutieren?

Tja, man sollte über Leben und Tod diskutieren. Journalisten sollten recherchieren, mit welchen Nebenwirkungen bei welchen politischen Maßnahmen zu rechnen ist. Doch trotz Dauerberichterstattung hört man davon wenig. Vereinzelt melden sich Lobbyisten mahmend zu Wort, aber es gibt keinen Überblick zu den Tausenden Nebenwirkungen der Lockdownpolitik. Es vergingen Monate, bis wenigstens eine Oppositionspartei die Bundesregierung mal fragte, was die Pandemie-Bekämpfung wohl kosten wird.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

5. **Die Skandalbank Greensill - im Dienste eines aggressiven Finanzkonglomerats**

Wer geglaubt haben sollte, nach der internationalen Finanzmarktkrise 2008/2009 seien durch wirksame staatliche Regulierungen und Kontrolle die Finanzmärkte gegen hochriskante Geschäftsmodelle mit gezielter Intransparenz und Bilanzmanipulationen gestoppt worden, sieht sich eines Schlechteren belehrt. Dafür stehen die CumExGeschäfte, bei denen auch durch den Einsatz von Banken mit manipulierten Dividenden der Staat um Steuern betrogen worden ist, sowie die unvorstellbaren Bilanzfälschungen von Wirecard. Der jüngste Fall ist die Insolvenz der Greensill Bank in Bremen. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, konnte diese Bank ein großes Rad innerhalb eines weltweit agierenden Finanzkonglomerats mehr oder weniger unter dem Radar der Regulierung und der Finanzmarktaufsicht betreiben. Wie konnte es zu diesem Bankenskandal kommen und was sind die alten und neuen Lehren, die zur Stärkung der gesetzlich gesicherten Stabilität des Bankensystems zu ziehen sind?

Quelle: [Rudolf Hickel](#)

6. **Who Are the 10 Biggest Pandemic Profiteers?**

One year after the Covid-19 pandemic began, U.S. billionaires have made out like gangbusters at the expense of workers.

A year ago, the Institute for Policy Studies published "Billionaire Bonanza 2020: Wealth Windfalls, Tumbling Taxes and Pandemic Profiteers," and began tracking billionaire wealth gains as unemployment surged. We teamed up with Americans for Tax Fairness (ATF) to track the wealth growth of America's billionaires over the last year. This report summarizes the extraordinary growth in wealth of those now 657 billionaires based on real-time data from Forbes on March 18, 2021.

Here are highlights from the last 12 months of billionaire wealth growth:

- The combined wealth of the nation's 657 billionaires increased more than \$1.3

trillion, or 44.6 percent, since the pandemic lockdowns began. [See Master Table] Over those same 12 months, more than 29 million Americans contracted the virus and more than 535,000 died from it. As billionaire wealth soared over, almost 80 million lost work between March 21, 2020, and Feb. 20, 2021, and 18 million were collecting unemployment on Feb. 27, 2021

- There are 43 newly minted billionaires since the beginning of the pandemic, when there were 614. A number of new billionaires joined the list after initial public offerings (IPOs) of stock in companies such as Airbnb, DoorDash, and Snowflake.
- The increase in the combined wealth of the 15 billionaires with the greatest growth in absolute wealth was \$563 billion or 82 percent. [See table 1] The wealth growth of just these 15 represents over 40 percent of the wealth growth among all billionaires. Topping the list are Elon Musk (\$137.5 billion richer, 559 percent), Jeff Bezos (\$65 billion, 58 percent) and Mark Zuckerberg (\$47 billion, 86 percent).

Quelle: [Inequality.org](https://inequality.org)

Anmerkung Christian Reimann: Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Deutschland zu beobachten. Die NachDenkSeiten haben darauf hingewiesen: [Krise macht Superreiche noch reicher](#). Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an diesen Beitrag von Jens Berger: [Die Gewinner der Krise - BlackRock und Co. kassieren gleich doppelt](#). Aber anstatt der ökonomischen Umverteilung von unten nach oben entgegenzuwirken werden andere Themen in den Vordergrund gerückt - und das sogar in einem Superwahljahr. Bitte lesen Sie dazu z.B. ["Die CDU sperrt sich seit Jahren gegen jede Form der Transparenz"](#) mit einer Anmerkung.

7. Von "ZeroCovid" zu ZeroMensch

Analyse & Kommentar: "Though this be madness, yet there's method in't"?

Die gesellschaftliche Debatte ist vergiftet. Während die einen der Kanzlerin Merkel „kommunistische“ Praxis vorwerfen, wird die grundsätzliche Kritik an Corona-Maßnahmen wegen "Kontaktschuld" in die Nähe von Nazismus gestellt bzw. ihm gleichgestellt. Ein einschüchternder Moralismus dominiert die Debatte. Über die Interessen echter Menschen redet kaum einer mehr. Das Einzige, was zählt, sind die Zahlen. Die Zahlen alter Menschen, die Zahlen toter Menschen, die Zahlen infizierter

Menschen, die Zahlen, die Zahlen, die Zahlen. Da interessiert sich kaum einer mehr für die Leidenden, die Kranken oder gar die Hungernden. Einzig der mathematische Algorithmus definiert was wir heute noch machen oder morgen noch fühlen dürfen. Der Mensch: Eine Randnotiz, ein unsicherer Faktor, ein störendes Element. Weg damit auf den Müllhaufen der Geschichte! Wer braucht den noch? Vertrauen wir unsere Zukunft den Formeln, den Computern, den digitalen Prozessen an! Die sind auch viel rationaler, viel zukunftsfähiger, viel intelligenter als diese dreckigen "Fleischbeutel", genannt Menschen. [...]

Längst sind wir in Deutschland an einem Punkt angekommen, wo man sich durchaus in die Zeit der paranoiden Kommunistenjagd eines McCarthy zurückerinnert fühlt. Dass viele etablierten Medien in ihrer Rolle als Kritiker*innen der offiziellen und desaströsen Regierungspolitik ausfallen, liegt nicht zuletzt darin begründet, dass besonders eine ökonomische, aber auch kulturelle Verbürgerlichung linker Medienmacher stattgefunden hat. Längst ballt man sich in speziellen urbanen Stadtvierteln, wo man nur noch seinesgleichen trifft und sich in gegenseitig in seinem Misstrauen gegen Menschen aus gesellschaftlich weiter unten stehenden sozialen Gruppen bestätigt.

Jenes vielleicht nicht ganz so aufgeklärte und polyglotte „Volk“ wird durchgängig rechtes bis faschistoides Denken unterstellt, wobei in erster Linie nicht auf die ökonomische Dimension, sondern auf Werthaltungen verwiesen wird. Dabei wird ein wesentlicher Teil des Erfolges rechter Agitation bei nicht akademischen Gruppen konsequent übersehen. Schließlich stammt ein Großteil deutscher Journalist*innen, aber auch politischer Aktivist*innen, aus Akademiker- und Beamtenhaushalten. Der Bedeutungsverlust, den die Leitmedien aller politischen Lager aufgrund ihrer äußerst homogenen sozialen Zusammensetzung (insbesondere) der Medien-Redaktionen erfahren, da deren Lebenswelt, mit jener da draußen, so offen kollidiert, führt jetzt in der sogenannten "Covid-19-Krise" zu einem noch offeneren Angriff der Etablierten gegen die "gefährlichen und demokratiefeindlichen Alternativmedien". Bewegungen, die sich kritisch mit der Regierungspolitik auseinandersetzten, deren Akteure aber nicht in die relevanten Diskussionszirkel eingebunden sind, fallen ebenso in ihr Beuteschema.

Quelle: [Sebastian Chwala, Yusuf Karaaslan und Dorian Tigges auf freitag.de](#)

8. **Aktualisierter Cochrane Review bewertet Zuverlässigkeit von Schnelltests zum Nachweis von COVID-19**

Am Mittwoch, den 24.3.2021 um 14 Uhr MEZ (Sperrfrist) veröffentlicht Cochrane eine aktualisierte systematische Übersichtsarbeit zur Bewertung von Schnelltests für den Nachweis einer SARS-CoV-2-Infektion (COVID-19). Der Review zeigt, dass Antigen-Schnelltests bei Menschen mit Symptomen besser geeignet sind, Fälle von COVID-19

korrekt zu identifizieren als bei symptomlosen Personen. Es gibt große Unterschiede in der Genauigkeit der Tests verschiedener Hersteller, wobei nur sehr wenige die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgelegten Mindeststandards erfüllen. [...] Die wahre Anzahl von SARS-CoV-2-Infektionen ist bei Massentests von symptomfreien Personen wahrscheinlich erheblich niedriger. In einer Gruppe von 10.000 Personen ohne Symptome, in der 50 Personen wirklich mit SARS-CoV-2 infiziert sind, würden zwischen 24 und 35 Personen korrekt als Virus-Träger identifiziert werden, zwischen 15 und 26 Fälle würden übersehen werden. Man müsste damit rechnen, dass die Tests zwischen 125 und 213 positive Ergebnisse liefern würden und dass zwischen 90 und 189 dieser positiven Ergebnisse tatsächlich falsch positiv wären.

Quelle: [IDW](#)

9. **Unwetter im Süden: Slowenien im rechtsextremen Tornado**

Unter dem Vorwand von Corona-Maßnahmen räumt die Regierung von Slowenien linke Hausprojekte, erlässt hohe Geldstrafen für politische Zusammenkünfte und beschneidet demokratische Rechte. Was passiert, wenn die Bevölkerung dagegen auf die Straße geht und warum Widerstand bitter nötig ist, darüber schreiben Ana Podvršič und Jaša Veselinović.

Quelle: [Mosaik Blog](#)

10. **US-Republikaner nach Trumps Niederlage - Panik vor dem Wähler**

250 Gesetze, die das Wahlrecht beschränken sollen: Die US-Republikaner wollen es nach dem Verlust der Macht den Bürgern erschweren, ihre Stimme abzugeben. Und sie haben damit sogar Aussicht auf Erfolg. [...]

Ohne triftigen Grund sollen die Wähler nicht mehr per Briefwahl abstimmen können. Die Öffnungszeiten der Wahllokale sollen verkürzt werden – obwohl es in bestimmten Gegenden in Georgia ohnehin schon üblich ist, stundenlang vor Wahllokal zu warten. In jenen Schlangen soll es künftig auch noch verboten sein, Essen oder Trinken an die wartenden Wähler zu verteilen. Das sind nur einige der Regeln, die die Republikaner mit der Mehrheit im Landesparlament im März noch beschließen wollen. [...]

Die Kampagne hat durch Trumps Lügen über den vermeintlichen Betrug bei seiner Wahlniederlage großen Auftrieb bekommen. An der Basis glaubt eine Mehrheit der Anhänger, dass Trump die Wahl unrechtmäßig entrissen worden sei.

Die Partei berauscht sich regelrecht an ihrem Feldzug. Allein im ebenfalls wichtigen Staat Arizona haben sie nun 22 Gesetze eingebracht, die das Recht zur Stimmabgabe beschneiden sollen. Man argumentiert, man wolle das Vertrauen in Wahlen wiederherstellen.

Republikaner wie der Senator Ted Cruz sagen, sie wollten verhindern, dass "illegale Einwanderer" und ehemalige Straftäter wie "Kinderschänder" ihre Stimme abgeben können. Doch zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass ihre Regeln auch sehr wohl

stimmberechtigte Afroamerikaner und Latinos von der Wahl ausschließen – Gruppen, die traditionell mehrheitlich für die Demokraten stimmen.

Quelle: [T-Online](#)

11. **Jetzt BAföG-Reform anpacken!**

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz hat nach Ansicht der GEW zwar einen wichtigen Beitrag zur sozialen Öffnung der Hochschulen geleistet. Seit 1971 sei das BAföG jedoch regelrecht heruntergewirtschaftet worden. (...)

Die vier konkreten Forderungen der Bildungsgewerkschaft lauten: Fördersätze und Freibeträge kräftig anheben und künftig automatisch anpassen, das BAföG wie andere Sozialleistungen wieder als Vollzuschuss zahlen, die Förderzeiten über die bürokratisch festgesetzten Regelstudienzeiten hinaus verlängern und das BAföG für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 11 wieder einführen.

„50 Jahre nach dem Start hat das BAföG eine Rundumerneuerung verdient.“ (Andreas Keller)

Eine BAföG-Reform sei zu finanzieren, betonte Keller. Zum zweiten Mal in Folge habe Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) einen dreistelligen Millionenbetrag nicht ausgegebener BAföG-Gelder aus dem Etat des Bundesbildungsministeriums einkassiert: 2020 rund 160 Millionen Euro, 2019 sogar knapp 900 Millionen Euro – obwohl aus diesen Mitteln 2020 auch die Corona-Überbrückungshilfe für Studierende finanziert worden sei.

„Bei Ausbildungsförderung und Überbrückungshilfe knausern und am Ende die BAföG-Mittel im Bundeshaushalt verfallen lassen – das ist enttäuschend und inakzeptabel. 50 Jahre nach dem Start hat das BAföG eine Rundumerneuerung verdient“, sagte der GEW-Hochschulexperte Keller.

Quelle: [GEW](#)

12. **Ein Leserbrief zu unseren gestrigen Hinweis #18**

Liebe Macher der Nachdenkseiten,

vorab vielen, vielen dank für Euere unermüdliche Informationsarbeit!

Es ist sicher etwas ungewöhlich auf eine Karrikatur einen Leserbrief zu schreiben.

Mir als “Ossi” fiel im Zusammenhang mit der Flut an Karrikaturen und intelligenten Texten, die ich täglich via Whatsapp besonders zu Corona aufs Handy bekomme auf, wo waren eigentlich die Witze die ganzen Jahre seit der Wende geblieben?

In der DDR gab es zu Allem immer auch einen Witz, manche meinten, die kämen direkt aus dem Politbüro oder von der Stasi, aber sicher nicht alle!

Ein persönliches Beispiel dazu: Unser Parteisekretär fragte lässig vor dem eigentlichen Beginn einer Veranstaltung, Erich Honecker war gerade zum Staatsbesuch in der BRD: “Was wird denn der Erich jetzt machen?” Für meine spontane Antwort: “Er wird das Begrüßungsgeld abholen, damit er Margot was

Schönes mitbringen kann“, erntete ich eine Lachsalve der versammelten Gruppe. Ja, es lohnt sich anzufangen mit dem Sammeln - ich stelle meine Sammlung gern bereit ;-) ! Problem: Die Bildrechte sind allesamt ungeklärt!

Die vielen Karikaturen und Witze machen mir ein wenig Hoffnung, dass sich wie damals auch bald etwas verändern kann!

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Leonhardt

Anmerkung Jens Berger: *Lieber Herr Leonhardt, das ist mir auch schon aufgefallen. Wenn man im medialen Diskurs mit seiner Kritik kein Sprachrohr findet, hilft offenbar der „Rückzug“ in den Humor sehr gut, diese Machtlosigkeit zu verarbeiten.*